Nr. 161 a
XXVI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
30. März 1897

Parlaments-Ausgabe

Beim bevorstehenden Vierteljahrswechsel bitten wir namentlich unsere geehrten auswärtigen Leser, die **Abonnements-Erneuerung thunlichst zu beschleunigen**, damit der regelmäßige Empfang unserer Zeitung keine Unterbrechung erleidet. Bekanntlich liefern die Post-Aemter das Blatt nur gegen besondere Bestellung. Der Abonnementspreis für das **„Berliner Tageblatt“** und „Handels-Zeitung“ nebst seinen fünf werthvollen Separat-Beiblättern: Humor. Wizblatt „ULK“, illustr. Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“, der feuilletonistischen Montagsbeilage „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ beträgt nach wie vor nur **5 M. 25 Pf.** vierteljährlich bei allen Postämtern Deutschlands; (in Berlin 6 Mark incl. täglich zweimaliger Zustellung bei der Hauptexpedition Jerusalemerstraße 48/49 und den Filialen.)

Das **„Berliner Tageblatt“** wird, angeregt durch die Anerkennung, welche es namentlich in allen gebildeten Gesellschaftsklassen gefunden, auch fernerhin seine Aufgabe darin erblicken, alle Ansprüche, welche man an eine

große deutsche Zeitung

zu stellen berechtigt ist, zu befriedigen. Durch Heranziehung der **bedeutendsten Schriftsteller** auf den verschiedensten Gebieten als Mitarbeiter, sowie durch immer weitere Ausdehnung des Korrespondentennetzes im In- und Auslande wird das „Berliner Tageblatt“ sich der bevorzugten Stellung, welche es sich besonders durch rasche und zuverlässige Berichterstattung erworben, würdig zu zeigen wissen. Ebenso hat die **„Handelszeitung“** des „Berliner Tageblatts“ durch ihren reichen und sorgfältig gesichteten Inhalt und mit dem Prinzip, die Interessen des Publikums in erster Reihe zu vertreten, zahlreiche neue Freunde erworben und durch ihre Vollständigkeit das Halten einer besonderen Börsenzeitung entbehrlich gemacht.

Im nächsten Quartal erscheint der höchst fesselnde Roman:

„Frau Magdalena“ von **H. Oehmke.**

Die Reisebriefe von Eugen Wolf
aus dem Innern **Chinas**, das unseren politischen und Handelsinteressen immer näher rückt, erregen allgemeines Aufsehen, zumal der kühne Forschungsreisende stets Gebiete wählt, die bisher noch wenig von Europäern bereist worden sind. Diese Artikel erscheinen ausschließlich im „Berliner Tageblatt“.

Haus der Abgeordneten.

59. Sitzung vom 29. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Miquel, Frhr. v. Hammerstein, Schönstedt.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung.

Die zweite Lesung des **Etats** wird beim Etat des **Finanzministeriums** einschließlich der **Besoldungsvorlage** fortgesetzt.

Die **Einnahmen** werden ohne Erörterung **genehmigt.**

Beim Titel der Ausgaben **„Regierungspräsidenten“** bemerkt

Abg. **Wallbrecht** (natl.): Wir haben in der Provinz Hannover das Glück, seit dem Jahre 1866 stets hervorragende Beamte an der Spitze gehabt zu haben, die im besten Einverständniß standen mit der Bevölkerung und bei nationalen Festen mit ihr Hand in Hand gingen. Seit zwei Jahren ist das anders geworden. Der jetzige Regierungspräsident hat sich schon bei der 25jährigen Feier des Sedantages zurückgezogen. Noch auffälliger ist sein Verhalten bei der Jahrhundertfeier gewesen. Als zu dieser Feier eine Einladung vom Stadtdirektor an ihn erging, wurde sie kurzer Hand abgelehnt. Ein Zusammengehen der Regierung und der Bürgerschaft in den neu erworbenen Provinzen würde eher dazu beitragen, die Unterschiede auszugleichen, als wenn man auf diese Weise den Zankapfel mitten in die Bürgerschaft wirft. Die Sache hat in Hannover sehr unangenehm berührt. Alle Zeitungen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen und welfischen Organe, tadeln das Verhalten des Regierungspräsidenten. Die „Kreuzzeitung“ lobt den Herrn dagegen und führt als Grund an, daß die Einladung von der nationalliberalen Partei ausgegangen sei. Ich bitte den Minister, dafür zu sorgen, daß solche unliebsamen Vorkommnisse sich nicht wieder ereignen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Wenn der Vorredner die Absicht gehabt hätte, zu bessern, so würde er den Ressortminister und den Regierungspräsidenten davon verständigt haben, daß er diese Angelegenheit hier zur Sprache bringen wolle. Die Form, die der Herr Abgeordnete gewählt hat ist diejenige, die Leute wählen, denen es nur darauf ankommt, **Lärm zu machen.** (Große Unruhe und stürmischer Widerspruch bei den Nationalliberalen; Sehr richtig! rechts.) Wenn man eine solche Beschwerde vorbringen will, so hat man die Pflicht, den Vorgesetzten zu benachrichtigen. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Ist geschehen!) Herr v. Brandenstein, der Ihnen nicht gefällt, ist uns als einer der schneidigsten, tüchtigsten Beamten bekannt. (Gelächter bei den Nationalliberalen. Zuruf: Schneidig!) Auch wir bedauern das Vorkommniß, das hervorgerufen wurde durch das taktlose Benehmen des Stadtdirektors gegenüber dem Regierungspräsidenten. In der Form hat sich der Stadtdirektor dem Regierungspräsidenten gegenüber nicht richtig benommen. Er hat an den Regierungspräsidenten einfach eine Einladung geschickt und gesagt: Wenn Sie nichts dagegen haben, werden wir Ihren Namen darunter setzen. Das schickt sich nicht. Wenn der Stadtdirektor nicht weiß, wie er sich zu benehmen hat, dann muß er sich eine Zurückweisung gefallen lassen. Wir können verlangen, daß Leute in höherer Stellung wissen, wie sie sich zu benehmen haben. Ich kann nur bedauern, daß der Abg. Wallbrecht die Sache überhaupt zur Sprache gebracht hat. (Beifall rechts.)

Abg. **Roeren** (Ctr.): Ich hoffe, daß die nationalliberale Partei denselben Standpunkt, den sie heute eingenommen hat, auch vertreten wird, wenn wir beim Kultusetat gegen Verwaltungsbeamte Beschwerden vorbringen.

Abg. **Wallbrecht** (natl.): Ich muß den gegen den Stadtdirektor gerichteten Vorwurf entschieden zurückweisen. Wenn der Regierungspräsident die Sache anders haben wollte, dann hätte er Zeit gehabt, sich mit dem Stadtdirektor in Verbindung zu setzen.

Finanzminister **v. Miquel:** Ich kann mich zu dem Vorgang nicht äußern, weil ich ihn nicht kenne und weil die Sache nicht in mein Ressort gehört. Ich kann allerdings mit dem Grafen Limburg-Stirum nur bedauern, wenn die Sache so ist, daß der Abg. Wallbrecht dem Minister des Innern nicht Kenntniß davon gegeben hat, daß er die Angelegenheit heute zur Sprache bringen würde (Zuruf links: Ist geschehen!), er hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, dem Minister nur gesagt, daß er ihn gelegentlich befragen würde, aber er hat ihn nicht mitgetheilt, daß er dies heute thun würde. Der Minister war also gar nicht in der Lage, irgendwie anzunehmen, daß bei dieser Gelegenheit der fragliche Fall zur Sprache kommen würde. Der Abg. Wallbrecht hat mir kurz vor seiner Rede mitgetheilt, daß er diese Absicht habe; ich habe ihn gebeten, es nicht bei dieser Gelegenheit zu thun (Hört, hört! rechts), und habe sofort an den Minister des Innern telegraphirt, ob er vielleicht hier erscheinen könne, weil mir der Abg. Wallbrecht mitgetheilt habe, daß er diesen Gegenstand zur Sprache bringen würde. Ich habe Herrn Wallbrecht vergeblich gebeten, eine andere Gelegenheit dazu zu benutzen. (Hört, hört! rechts. Zuruf: Das klingt ganz anders!)

Abg. **Sattler** (natl.): Ich halte es nicht für angezeigt, in Abwesenheit des Ministers diese Frage weiter zu behandeln, und bitte, dies Kapitel auszusetzen, bis der Minister erschienen ist.

Abg. **Wallbrecht** (natl.): Ich wollte nur feststellen, daß ich dem Minister des Inneren gesagt habe, daß ich die Sache bei der nächsten Gelegenheit zur Sprache bringen würde. Daß der Minister heute nicht hier sein würde, konnte ich nicht wissen. (Große Heiterkeit.)

Die weitere Berathung dieses Kapitels wird vorläufig **ausgesetzt.**

Beim Kapitel **„Oberpräsidenten, Regierungen 2c.“** fordert Abg. Frhr. **v. Zedlitz-Neukirch** (freik.) eine Vermehrung der Stellen der Regierungsräthe zu Gunsten der Regierungsassessoren und die Beschäftigung der Letzteren auch auf den Landrathsämtern.

Beim Titel **„Aversionalabfindung an die Reichspost“** bemängelt

Abg. **v. Christen** (freik.), daß durch die Aversionirung der Post das Schreibwerk zugenommen habe, und bittet, in die Aversionalabfindung auch die im staatlichen Interesse versandten Schreiben der Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher und Magistrate aufzunehmen.

Abg. Frhr. **v. Erffa** (kons.) schließt sich diesem Wunsche an.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß nach dem Gesetze die Gemeinden nicht in das Postaversum hineingezogen werden können.

Der Etat wird bis auf das ausgesetzte Kapitel **bewilligt**, und die Berathung wendet sich der **Beamtenbesoldungsvorlage** zu.

Dazu liegen folgende **Anträge** vor:

Antrag Rinteln (Ctr.): Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

I. die Beschlüsse der Budgetkommission abzulehnen;

II. die königliche Staatsregierung zu ersuchen, einen anderweiten Plan zur Aufbesserung der Beamtenbesoldungen vorzulegen, nach welchem

1. die Stufenfolge des Amtes sämmtlicher unmittelbaren Staatsbeamten einschließlich der Unterbeamten in ihrer Aufeinanderfolge (ohne Unterscheidung, ob sie Einzelgehälter oder aufsteigende Gehälter beziehen) und in der Art dargestellt wird, daß die gleichgestellten verschiedenen Beamtenkategorien einer und derselben Stufe in dieser Stufe aufgeführt werden;

2. für jede Stufe unter Angabe der bisherigen Durchschnittsbezüge der einzelnen Beamtenkategorien ein gleiches Durchschnittsgehalt ausgeworfen, das Mindest- und Höchstgehalt, die Zahl und Beträge der zwischen ihnen liegenden Gehaltsstufen und die Aufrückungsfristen sowie der Prozentsatz der Aufbesserung bezeichnet werden;

wenn aber besondere Gründe dafür vorliegen, der einen oder anderen Beamtenkategorie oder einzelnen Beamten derselben Amtsstufe ein höheres oder niedrigeres Durchschnittsgehalt zuzuweisen oder die Gehaltsstufen oder Aufrückungsfristen von der Regel abweichend zu normiren, unter Darlegung dieser Gründe;

3. ersichtlich gemacht wird, wie viele Beamte derselben Beamtenkategorie in eine höhere Amtsstufe aufsteigen, wie viele in derselben Stufe verbleiben, und welches durchschnittliche Lebensalter die aufgestiegenen Beamten zur Zeit ihres Aufsteigens hatten — alles dieses nach den Ergebnissen der letzten 20 Jahre;

4. angegeben wird, welche Bezüge an Stellenzulagen und aus der Bekleidung von staatlichen Nebenämtern die festangestellten Beamten, und welche Bezüge die nicht festangestellten Beamten aus Staatsmitteln beziehen.

Antrag v. d. Acht (Ctr.):

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, in der nächsten Session in Ergänzung der Besoldungsaufbesserung für die mittleren und höheren Beamten eine Vorlage über die Aufbesserung der Besoldungen der unteren Beamten zu machen.

Antrag Leichhus (natl.): Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

im Abschnitt B, aufsteigende Gehälter (Rechnungsrevisoren, Rendanten, Gerichtsschreiber und Sekretäre bei den Landgerichten und Amtsgerichten) zu setzen: 1000 bis 3900 Mark, Durchschnitt 2700 Mark.

Antrag Beleites (natl.):

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, durch den nächsten Etat eine Ausgleichung der bei den Gehältern der Unterbeamten hervorgetretenen Ungleichheiten und Härten herbeizuführen unter gleichzeitiger anderweitiger Regelung des Wohnungsgeldzuschusses.

Antrag Gothein (fr. Vg.): Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: im Abschnitt B, aufsteigende Gehälter, folgenden Vermerk aufzunehmen:

Der Berechnung der Besoldung der Regierungsräthe und der höheren Beamten und Bertheilung der